

Informationen zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben nach der Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) in der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (UM) im Bereich der Vergabe von öffentlichen Aufträgen (öffentliches Auftragswesen)

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern in diesem Dokument die männliche Form verwendet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform hat nur redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.

Für die Durchführung des Vergabeverfahrens sowie für die Vertragsdurchführung müssen wir auch personenbezogene Daten (z.B. Kontaktdaten von Ansprechpartnern) aus dem Bereich Ihres Unternehmens verarbeiten. Diese Datenverarbeitung unterliegt den Vorgaben der Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) sowie des Bundesdatenschutzgesetzes und des Landesdatenschutzgesetzes Rheinland-Pfalz.

Die UM unterliegt den gesetzlichen Vorgaben hinsichtlich der Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergaberecht). Dazu gehören insbesondere das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), die Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV), die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) und der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB).

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten zur Erfüllung unserer dienstlichen Aufgaben. Diese Aufgaben ergeben sich aus und aufgrund der oben genannten gesetzlichen Vorgaben gemäß derer insbesondere die Eignung der Bieter sowie die Angebote im Hinblick auf das wirtschaftlichste Angebot zu prüfen sind. Darüber hinaus verarbeiten wir Ihre Daten mit dem Ziel, den Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot zu erteilen (Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen) und mit dem erfolgreichen Bieter einen Vertrag abzuschließen (Erfüllung eines Vertrags).

Wir verarbeiten u.a. die folgenden personenbezogenen Daten:

- Persönliche Kontaktdaten und Namen von Bietern, soweit es sich um natürliche Personen oder Personengesellschaften handelt und Kontaktdaten von Ansprechpartnern von Bietern

- (z.B. Vor- und Nachname, Adresse, E-Mail-Adresse, Telefonnummer)
 - Daten zur Qualifikation/Eignung eingesetzter Arbeitskräfte
 - Gesundheitsdaten im Rahmen des Masernschutzgesetzes

In erster Linie werden die personenbezogenen Daten durch Sie selbst im Rahmen der Einreichung von Teilnahmeanträgen, Angeboten sowie Nachweisen mitgeteilt bzw. durch Anforderung und Nachforderung von Unterlagen bei Ihnen erhoben.

Alle personenbezogenen Daten, die wir im Rahmen unserer gesetzlichen Verpflichtungen verarbeiten, werden von uns nur dann weitergegeben, wenn die Übermittlung gesetzlich zulässig ist oder Sie in die Übermittlung eingewilligt haben. Zu den Empfängern aufgrund einer gesetzlich zulässigen Übermittlung gehören insbesondere

- Melde- und Informationsstelle des Landes Rheinland-Pfalz und Wettbewerbsregister bezüglich der Anfrage hinsichtlich vergaberechtsrelevanter Verstöße
- Unterlegene Bieter, die einen Antrag nach § 62 Abs. 2 VgV stellen bzw. gemäß § 46 Abs. 1 UVgO über die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebotes sowie den Namen des erfolgreichen Bieters zu unterrichten sind.
- Veröffentlichung des Bieters der den Zuschlag erhält für TED Europe und entsprechende Vergabeseiten
- Die Stelle zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen (Vergabekammer)
- Gerichte im Falle von Klagen
- der Rechnungshof im Rahmen seiner Prüfungsbefugnis und gesetzlichen Aufgaben.

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten nur so lange, wie sie für das jeweilige Vergabeverfahren und die Dokumentation der Prüfung des wirtschaftlichen Angebotes erforderlich sind. Die Verarbeitung erfolgt dabei im Rahmen und unter Einhaltung der gesetzlichen Aufbewahrungs- und Verjährungsfristen.

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt überwiegend digital. Eine Datenübermittlung an ein Drittland erfolgt nicht.

Die DS-GVO gewährt betroffenen Personen verschiedene Rechte, die im nachfolgenden kurz aufgeführt sind. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte den Artikeln 15 – 18 und 20, 21 der DS-GVO.

- **Recht auf Auskunft** Die betroffene Person kann Auskunft über ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. In den Antrag sollte sie ihr Anliegen vortragen, um das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern.
- **Recht auf Berichtigung** Sollten die personenbezogenen Daten der betroffenen Person nicht (mehr) zutreffend oder unvollständig sein, kann sie eine Berichtigung oder Vervollständigung verlangen.
- **Recht auf Löschung** Die betroffene Person kann die Löschung ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Der Anspruch hängt u.a. davon ab, ob die betreffenden Daten von uns zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden.
- **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung** Die betroffene Person kann die Einschränkung der Verarbeitung ihrer Daten verlangen. Die

Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht.

- **Recht auf Widerspruch** Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der sie betreffenden Daten zu widersprechen. Allerdings können wir dem nur nachkommen, wenn an der Verarbeitung kein überwiegendes öffentliches Interesse besteht oder keine Rechtsvorschrift uns zur Verarbeitung verpflichtet.
- **Recht auf Datenübertragbarkeit**
- Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie uns bereitgestellt hat, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, und sie hat das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch uns zu übermitteln.
- **Widerruf der Einwilligung** Erfolgt die Verarbeitung der Daten der betroffenen Person aufgrund einer Einwilligung, hat sie das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

Allgemeiner Hinweis zu diesen Rechten:

In einigen Fällen können oder dürfen wir dem Anliegen der betroffenen Person nicht entsprechen. Sofern dies gesetzlich zulässig ist, teilen wir ihr in diesem Fall den Grund für die Verweigerung mit.

Darüber hinaus hat die betroffene Person ein Beschwerderecht:

Jede betroffene Person kann sich unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe nach Art. 77 DS-GVO mit einer Beschwerde an eine Aufsichtsbehörde wenden.

Aufsichtsbehörde in Rheinland-Pfalz:

Postfach 30 40, 55020 Mainz
Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz
Tel.: +49 (0) 6131 8920-0
Fax: +49 (0) 6131 8920-299
Email: poststelle@datenschutz.rlp.de
<https://www.datenschutz.rlp.de>

Verantwortlicher

Für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist rechtlich verantwortlich:
Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

vertreten durch den Vorstand

Langenbeckstraße 1, 55131 Mainz

Telefon: 06131 17-0

Webseite: <http://www.unimedizin-mainz.de>

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten der Universitätsmedizin Mainz:

Langenbeckstraße 1

55131 Mainz

Tel.: 06131/17-0

Email: datenschutz@unimedizin-mainz.de